

## Kapitel I.2 - Weltweite Gerechtigkeit

### Gerechtigkeit, was ist das überhaupt?

Nein, ich kann an dieser Stelle keine einfache und dann auch noch wissenschaftlich fundierte Definition von „Gerechtigkeit“ anbieten. Wer mag, kann z.B. unter [Wikipedia](#) nachlesen, was verschiedene Menschen und WissenschaftlerInnen alles unter diesem Begriff verstehen können. Zugleich verstehen die Menschen auf dieser Welt unter Gerechtigkeit ganz verschiedene Dinge, meist abhängig davon, in welchem Land sie aufgewachsen sind, zu welcher sozialen Schicht oder Klasse sie gehören, welche religiösen Auffassungen sie haben, ob sie Mann oder Frau sind, usw. So werden viele der Menschen, die zu den Reichen und Superreichen dieser Welt gehören, den Begriff der Gerechtigkeit so auslegen, dass das doch ganz gerecht ist, dass sie so reich sind. Das werden viele Menschen, denen es nicht so gut geht oder die sogar hungern müssen, wahrscheinlich ganz anders sehen.

Deshalb werde ich an dieser Stelle versuchen, einen Begriff von Gerechtigkeit zu entwickeln, von dem ich der Meinung bin, dass ein großer Teil der Menschen weltweit diesen Begriff teilen können. Nur, wenn das möglich ist, können sich auch viele Menschen gemeinsam für eine gerechtere Umgestaltung des Lebens auf diesem Planeten einsetzen.

### Prinzipien für eine gerechte Welt

Das oberste Prinzip muss sein, dass alle Menschen auf der Welt gleich viel wert sind. Das heißt insbesondere: Jedes Kind, das auf dieser Welt geboren wird, muss die gleichen Chancen haben, später ein gutes und sinnvolles Leben zu führen. Diese Chancengleichheit muss gelten.

- unabhängig von dem Land oder Ort auf der Welt, wo das Kind geboren wird;
- unabhängig von der Hautfarbe des Kindes oder der Religionszugehörigkeit der Eltern;
- unabhängig von der sozialen Schicht, in der ein Kind geboren wird.

Ein kurzer Blick auf die Welt reicht schon, um zu erkennen, dass die Welt heute noch sehr, sehr weit davon entfernt ist, dieses einfache Gerechtigkeitsprinzip zu verwirklichen. Viele Kinder können froh sein, wenn sie in einem Jahr überhaupt noch am Leben sind. So ist bekannt, dass in der Welt noch immer über 815 Millionen Menschen unter Hunger leiden, eine Zahl, die im letzten Jahr sogar wieder größer geworden ist. Viele Kinder werden in riesigen Flüchtlingscamps oder in Slums in den Großstädten geboren, Kinder, die sozusagen überhaupt keine Entwicklungschancen haben.

Um dieses oberste Prinzip realisieren zu können, müssen auch die folgenden Prinzipien in die Tat umgesetzt werden:

- Alle Menschen müssen ausreichend mit gesunden Nahrungsmitteln versorgt werden;
- Eine wirkliche gute Gesundheitsversorgung muss für alle Menschen gewährleistet werden;
- In jeder Region und in jedem Land muss es gleich gute Bildungschancen geben, insbesondere Schulbildung, Berufsausbildung und Studienmöglichkeiten. Nicht nur das: Die Abschlüsse, die in jedem Land gemacht werden können, müssen in jedem Land dieser

Welt gleichermaßen anerkannt werden.

- Jeder Mensch muss das Recht haben, in einer ansprechenden Wohnung zu leben. Das heißt nicht, dass jeder Mensch in einer Luxusvilla leben muss. Aber eine Wohnung mit fließendem und warmem Wasser, mit Elektrizität, Kühlschrank, Dusche und Toilette und mit so vielen Zimmern, dass auch Kinder zumindest ab einem bestimmten Alter so etwas wie Privatsphäre haben können, dieses Recht muss man einfach jedem Menschen zugestehen.
- Und natürlich muss jeder Mensch die Chance haben, mit seiner Ausbildung dann auch einen Job zu finden, mit dem er oder sie dann auch die eigene Familie vernünftig versorgen kann, damit diese Rechte dann auch für die eigenen Kinder gelten.
- In jeder Gesellschaft gibt es Menschen, die gar nicht arbeiten können - ältere Menschen im Rentenalter, Kranke usw. Aber auch diese Menschen müssen das Recht haben, am gesellschaftlichen Leben gleichberechtigt teilzuhaben.

Auch bei diesen Prinzipien weiß eigentlich jeder, dass diese in der Welt noch nicht einmal in Ansätzen gelten. Gleichzeitig muss ich an dieser Stelle auch noch Ausnahmeregelungen fordern. Das betrifft die sogenannten indigenen Völker. [Wikipedia](#) definiert die indigenen Völker wie folgt:

*Indigene Völker (von indigena „eingeboren“) oder autochthone Völker („ursprüngliche“, siehe Wortherkunft) sind nach einer international geltenden Definition diejenigen Bevölkerungsgruppen, die Nachkommen einer Bevölkerung sind, die vor der Eroberung, Kolonisierung oder der Gründung eines Staates durch andere Völker in einem räumlichen Gebiet lebten, und die sich bis heute als ein eigenständiges „Volk“ verstehen und eigene soziale, wirtschaftliche oder politische Einrichtungen und kulturelle Traditionen beibehalten haben. Schätzungsweise 350 Millionen Angehörige sollen alle indigenen Völker der Erde haben, allein auf der pazifischen Insel Neuguinea werden 1089 indigene Völker mit jeweils eigener Sprache gezählt.*

Den indigenen Völkern muss auch laut Beschlüssen der UNO das Recht zugestanden werden, dass sie ihre traditionelle Lebensweise weiterführen können, ohne dass ihnen das Land, in dem sie immer gelebt haben, einfach geraubt wird - was auch heute noch immer wieder geschieht.

Wenn man diese Forderungen von mir liest, dann wird mit Sicherheit der Einwand kommen: Das klingt ja alles recht schön, im Prinzip wäre das auch gut. Aber das ist doch reine Utopie, das wird niemals klappen.

In der Tat: Immer noch leiden ca. 815 Millionen Menschen weltweit unter Hunger, aktuell drohen viele Millionen Menschen in Afrika oder im Jemen zu verhungern. Und das, obwohl nach Zielsetzung der UNO der Hunger in der Welt bis 2030 besiegt sein soll. Da scheinen doch die anderen Forderungen nach Bildung, Arbeitsplätzen, Wohnungen, Gesundheitsversorgung etc. für alle Menschen auf der Welt total utopisch.

Ich behaupte aber. Die Realisierung dieser Forderungen in den nächsten 10-15 Jahren auf dieser Welt ist überhaupt nicht utopisch, das ist tatsächlich möglich. Und es ist eine Sünde und Schande, dass nicht einfach damit begonnen wird, diese Forderungen zu realisieren.

Warum ist das möglich? Auf der Welt leben heute über 7,5 Milliarden Menschen, viele davon haben keine Arbeit. Kurz: Es gibt wahrlich genug Menschen auf dieser Welt, die damit beginnen könnten, Wohnungen, Schulen und Krankenhäuser für alle zu bauen. Mit den entstehenden Schulen könnte auch damit begonnen werden, allen Kindern auf der Welt eine gute Schulbildung zu verschaffen, z.B. damit es überall auf der Welt genügend qualifiziertes medizinisches Personal für die Krankenhäuser gibt. Die technologischen Fähigkeiten der Menschheit insgesamt sind soweit fortgeschritten sind, dass heute erst recht gilt: Das alles ist möglich.

An dieser Stelle kommt mit Sicherheit direkt der nächste Einwand: Rein theoretisch hast Du ja recht, dass so etwas möglich wäre. Aber so ein gigantisches weltweites Aufbauprogramm, das kostet doch auch Unsummen von Geld. Und dieses Geld steht den Staaten dieser Welt gar nicht zur Verfügung.

Nun, ich bin auch Mitglied der Partei der LINKEN in Deutschland, und als Linker hat man da so seine eigenen Argumente: Es gibt so viele Reiche und Superreiche auf dieser Welt, wenn man denen einen Teil ihres Reichtums für solch ein Aufbauprogramm wegnehmen würde; wenn man gleichzeitig damit beginnen würde, die weltweiten Ausgaben für die Rüstung zu reduzieren, dann wäre doch schon eine ganze Menge Geld vorhanden.

Bei genauerer Betrachtung ist das dann doch nicht so einfach. Eine kleine Beispielrechnung:

So ein Aufbauprogramm würde extrem viel Geld kosten. Da ist es mit ein paar Milliarden sicher nicht getan, für so ein großes Programm müssten enorme Summen aufgebracht werden. Nehmen wir einfach nur einmal an, es müssten insgesamt für 2 Milliarden Menschen auf der Welt innerhalb der nächsten 15 Jahre Wohnungen gebaut werden. Bei im Durchschnitt 4 Personen pro Familie müssten dann also 500 Millionen Wohnungen gebaut werden. Nehmen wir noch dazu an, dass der Bau von so einer Wohnung 100.000 € kosten würde. Dann müssten alleine für den Wohnungsbau weltweit in den nächsten 15 Jahren 500 Millionen \* 100.000 €, also insgesamt 50 Billionen €. Das wären pro Jahr immerhin 3,333 Billionen €. Zum Vergleich: Die gesamten Rüstungsausgaben in der Welt werden momentan auf knapp 1,7 Billionen € jährlich geschätzt, so [DER TAGESSPIEGEL vom 24.04.2017](#).

Wenn man dann noch an das Geld der Reichen und Superreichen heranginge, vielleicht würde das dann reichen? Nein, das ist nicht ganz so einfach. Schließlich sind darin auch noch nicht die fehlenden Schulen, Krankenhäuser, Universitäten, Arbeitsplätze usw. eingerechnet. Und natürlich müssten alle Menschen auf der Welt zunächst einmal mit guten Nahrungsmitteln versorgt werden. Natürlich kann es auch ohne weiteres sein, dass meine Beispielrechnung oben gar nicht richtig ist – die hängt natürlich ganz stark davon ab, ob so eine Wohnung tatsächlich 100.000 € kosten würde.

Letztlich führt diese Betrachtung des angeblich fehlenden Geldes auch an den Kernproblemen dieser Welt vorbei. In meinen Augen ist es eine Tatsache: Die Welt könnte dafür sorgen, dass innerhalb von höchstens 15 Jahren jeder Mensch auf dieser Welt eine vernünftige Lebensperspektive hätte. Die Möglichkeiten und Fähigkeiten der Menschheit sind vorhanden. Das geschieht aber nicht. Dafür gibt es Ursachen, hier die Hauptursachen:

- Die Welt ist aus historischen Gründen in einzelne Staaten aufgeteilt

- Das wirtschaftliche Prinzip dieser Welt heißt: Kapitalismus

## **Die Staaten der Welt**

Die Vereinten Nationen (UNO) hat heute 193 Mitgliedsstaaten. Wer es genauer nachlesen will, kann dies unter [Wikipedia - Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen](#) tun. Diese Aufteilung der Welt in einzelne Staaten hat zunächst einmal folgende Auswirkungen:

- Die allermeisten Menschen auf dieser Welt gehören von Geburt an zu einem bestimmten Staat an.
- Damit ist zugleich auch festgelegt, welche Rechten und Pflichten ein Mensch hat. Das hängt dann fast ausschließlich von den Rechten und Pflichten ab, die die jeweilige Staatsführung festlegt. Irgendwelche internationale Bestimmungen über Rechte, die für alle Menschen dieser Welt gelten sollen, werden von den allermeisten Staaten höchstens soweit anerkannt, wie sie den Bestimmungen des eigenen Staates nicht widersprechen.

Für nahezu alle Staaten dieser Welt gilt: Der Verteilung des Reichtums und die Entwicklungsmöglichkeiten der Menschen eines Staates sind höchst ungleich verteilt. Dabei gibt es immer eine Aufteilung des Reichtums nach folgendem Schema: Ein winzig kleiner Prozentsatz gehört zu den (Super-)Reichen; einer mehr oder minder großen Mittelschicht geht es auch noch einigermaßen gut. Und überall gibt es eine mehr oder minder große Schicht von Armen.

Ja, auch in den reichen Ländern gibt es einen zumeist auch noch anwachsenden Anteil an armen Menschen. Nehmen wir als Beispiel das reiche Deutschland. Nach dem Armutsbericht 2017 des Paritätischen Gesamtverbandes, den man hier [herunterladen](#) kann, gelten in Deutschland mittlerweile 15,7 % als arm. Natürlich ist diese Armut nicht vergleichbar mit der Armut von Menschen in den wirklich armen Ländern, in denen Menschen oft genug vom Hungertod bedroht sind. Aber auch für die Armen in Deutschland gilt: Sie sind gegenüber anderen Menschen benachteiligt, auch was die Bildungschancen oder die medizinische Versorgung insbesondere im Alter betrifft. Zu den Armen zu gehören, das heißt für viele immer auch: Arme Menschen fühlen sich abgehängt und erfahren weniger Wertschätzung von anderen Menschen.

Die Welt insgesamt ist also doppelt ungerecht. Auf der Ebene der Staaten gilt: Es gibt reiche und es gibt arme Staaten. Und in jedem einzelnen Staat gibt es reiche und arme Menschen. Eine wirkliche Gemeinschaft von Staaten könnte nun gemeinsam ein großes Projekt starten, um die Ungerechtigkeiten sowohl zwischen als auch innerhalb der einzelnen Staaten schrittweise zu verringern. Aber wie schon im Kapitel zuvor gesagt: So eine Gemeinschaft von Staaten gibt es nicht. Einer solchen Gemeinschaft steht aber auch ein mächtiges ökonomisches System gegenüber:

## **Der weltweite Kapitalismus**

1867 veröffentlichte Karl Marx den ersten Band des Kapitals. Marx sah die Geschichte der Menschheit als eine Geschichte von Klassenkämpfen an. Der Kapitalismus sei die letzte

dieser Klassengesellschaften, nach dessen Sturz würde sich eine klassenlose Gesellschaft durchsetzen.

Als Quelle aller Werte auf der Welt sah er die menschliche Arbeitskraft an. Diese selbst habe auch einen Wert, der allerdings innerhalb verschiedener Gesellschaften und Kulturen und je nach Ausbildung verschieden hoch sei. Vereinfacht: Wie viel muss ein Kapitalist dafür zahlen, dass er einen Menschen beschäftigen kann.

Die Werte von den Produkten richten sich dann nach der Arbeitszeit, die für die Herstellung dieser Produkte gebraucht wird. Dabei haben diese Produkte dann aber einen höheren Wert als die gesamte menschliche Arbeitskraft, die zu deren Herstellung benötigt wird. Mit diesem Mehrwert erzielt der Kapitalist seinen Profit.

Klar, das ist eine total vereinfachte Darstellung von Marx Theorien. Ich bin auch überhaupt nicht dazu in der Lage, diese Theorien abschließend zu bewerten. Allerdings haben diese Theorien bis heute einen großen Einfluss auf die Entwicklungen in der Welt, sowohl im positiven wie im negativen Sinne. In aller Kürze:

In Russland und in China entwickelten sich Gesellschaften, die vorgaben, das Ziel von Marx für eine klassenlose Gesellschaft zu verwirklichen. Was dort dabei aber entstand, waren Gesellschaften, in denen die Diktatur einer kleinen Minderheit von Parteifunktionären über den Rest der Gesellschaft herrschte, oft genug mit äußerst brutalen und menschenverachtenden Methoden. Die Auswirkungen bis heute: Wer den Kapitalismus kritisiert, muss sich immer mit dem Vorwurf auseinandersetzen, dass er wieder eine solche Diktatur errichten will.

Heute gibt es nur noch wenige Gesellschaften, die versuchen, eine nicht kapitalistische Gesellschaft zu errichten oder zu erhalten. Die damalige Sowjetunion und die verbündeten Staaten des Warschauer Vertrages sind zusammengebrochen. China wird zwar nach wie vor von einer Kommunistischen Partei geführt, die Wirtschaft ist aber durch und durch kapitalistisch – vielleicht mit der Ausnahme, dass die Führung durchaus nicht ohne Erfolg versucht, die Entwicklung dieses Kapitalismus zu steuern. Neuere Versuche, so etwas wie sozialistische Staatsformen zu errichten, enden in Katastrophen – wie in Venezuela.

Was dabei letztlich herauskam ist, dass es heute sehr schwer geworden ist, sich mit den Theorien von Marx einfach einmal nüchtern und wissenschaftlich auseinanderzusetzen. In den Universitäten der reichen westlichen Industriestaaten kommen diese Theorien so gut wie gar nicht vor. Andere, die sich gerne als Marxisten bezeichnen, vertreten oft die These, dass es eine wirkliche Verbesserung der Lage in dieser Welt erst geben kann, wenn der Kapitalismus überwunden worden ist.

### **Meine Thesen hierzu**

Es ist auch heute noch durchaus legitim, sich mit den Theorien von Marx auseinanderzusetzen. Allerdings muss man auch ganz nüchtern folgende Tatsachen anerkennen:

- Es gab und gibt bis heute keine einzige nicht kapitalistische Gesellschaft auf der Welt,

die als Vorbild dienen könnte.

- Die Beschreibung dessen, wie eine nicht kapitalistische Welt tatsächlich funktionieren könnte, war auch bei Marx nur sehr oberflächlich geraten. Modelle, die ein funktionierendes nicht kapitalistisches System beschreiben gibt es zwar, sind aber den allermeisten Menschen gar nicht bekannt.
- Die Art und Weise, wie ein kapitalistisches System funktioniert, kann durchaus sehr verschieden sein. Eine gerechtere Welt in einer zunächst weiterhin kapitalistischen Gesellschaft ist durchaus denkbar.

Das fängt bei ganz einfachen Dingen an. Als in Deutschland ein gesetzlicher Mindestlohn eingeführt wurde, sahen VertreterInnen von Unternehmensverbänden die gesamte wirtschaftliche Entwicklung in Gefahr. Diesen Argumenten folgten auch viele kleine Unternehmen. Ein einzelnes Unternehmen kann auch gar nicht anders denken. Das Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben bestimmt letztlich, ob das Unternehmen Gewinn oder Verlust macht. Wenn sich also die Ausgaben für die MitarbeiterInnen erhöhen, wird der Gewinn sinken.

Es hat sich allerdings gezeigt, dass eine solche Argumentation gesamt gesellschaftlich betrachtet gar nicht stimmt. In dem Maße nämlich, wie solche Regelungen klar und kontrolliert für alle Unternehmen eingeführt werden, ändert sich am Konkurrenzverhältnis zwischen den Unternehmen nur wenig, weil alle mehr zahlen müssen. Wenn tatsächlich alle mehr zahlen müssen, können die Gewinne durch relativ geringe Preiserhöhungen in einzelnen Branchen aufrechterhalten werden. Die gering bezahlten MitarbeiterInnen haben aber trotzdem mehr Geld in der Tasche, was letztlich sogar dazu führt, dass mehr gekauft wird, was auf die gesamte Wirtschaftsentwicklung sogar einen positiven Einfluss haben kann.

Es darf an dieser Stelle aber auch nicht verschwiegen werden, dass viele Unternehmen mit allerlei Tricks es geschafft haben, die Regelungen zum gesetzlichen Mindestlohn zu umgehen. Dies darf man allerdings noch nicht einmal den einzelnen Unternehmen vorwerfen. Wenn gesetzliche Bestimmungen so unklar formuliert werden, dass sie auch umgangen werden können, dann passiert das auch. Wie Marx dereinst formuliert hatte: „Der einzelne Kapitalist muss so handeln, bei Strafe seines Untergangs“. Auf Neudeutsch ausgedrückt. Wenn mein Konkurrenzunternehmen den gesetzlichen Mindestlohn umgeht und ich selbst das nicht mache, dann habe ich einen Wettbewerbsnachteil gegenüber meinem Konkurrenten.

### **Meine erste Schlussfolgerung lautet also**

Es ist möglich, in einem kapitalistischen System Regeln einzuführen, die die Ungerechtigkeiten in einer Gesellschaft abmildern und die keinen Schaden für die weitere wirtschaftliche Entwicklung anrichten.

Natürlich sind nicht alle Unternehmen gleich. Insbesondere was die Anzahl der Beschäftigten und die Summe des insgesamt bewegten Kapitals betrifft, gibt es große Unterschiede. Es gibt eine große Anzahl von Kleinunternehmen, die permanent um die eigene Existenz kämpfen müssen. Demgegenüber gibt es große Konzerne, die oft in der gesamten Welt aktiv sind, die riesige Summen von Kapital bewegen. Diese Großkonzerne haben nicht nur einen großen Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung eines Staates oder auch der Welt. Mit ihrer wirtschaftlichen Macht können sie auch die politische Richtung von gesamten Staaten in

ihrem Sinne beeinflussen, was sie auch immer wieder erfolgreich tun. Hinzu kommt eine Kapitalform, die heute einen immer größeren Einfluss hat, letztlich aber zumindest direkt überhaupt nichts mehr mit der Produktion von irgendwelchen Werten oder Dienstleistungen zu tun hat: Das internationale Finanzkapital, das letztlich nur einer ganz einfachen Logik folgt. Das verwaltete Kapital irgendwo auf der Welt anzulegen, um damit dicke Gewinne einzufahren. Ein Kapital, das letztlich von niemandem in der Welt kontrolliert wird, aber zugleich einen immensen Einfluss auf alle Entwicklungen in der Welt hat. Mit den verschiedenen Kapitalformen werde ich im zweiten Teil dieses Buches noch einmal genauer befassen.

Oben habe ich behauptet, dass es Modelle für eine existenzfähige nicht kapitalistische Gesellschaftsordnung gibt. An dieser Stelle möchte ich eines davon vorstellen. Dieses Modell entwickelt Sahra Wagenknecht in ihrem Buch „Reichtum ohne Gier – wie wir uns vor dem Kapitalismus retten“. Sie schlägt dort vor, dass es für Unternehmen in Zukunft vier verschiedenen Rechtsformen gibt:

### **1. Die Personengesellschaft: mit vollem Risiko reich werden**

*Es handelt sich um Unternehmen, deren Inhaber normalerweise mit eigenem Geld starten und voll für alle vom Unternehmen eingegangenen Verbindlichkeiten haften...*

*Wer diesen Weg der Unternehmensgründung wählt, geht voll ins Risiko. Scheitert die Gründung, verliert er meist alles, was er hat. Wer das in Kauf nimmt und am Ende Erfolg hat, muss damit auch reich werden können (S. 274).*

Inhaber einer solchen Personengesellschaft sollen auch das Recht erhalten, ihre Gesellschaft später in eine Mitarbeitergesellschaft umzuwandeln. Dabei soll der ursprüngliche Eigentümer des bei der Gründung investierte Kapital (nicht dessen Wachstum im Unternehmen) einschließlich einer Verzinsung schrittweise aus den Erträgen ausbezahlt bekommen.

### **2. Mitarbeitergesellschaft: unverkäuflich und nicht melkbar**

*Die Mitarbeitergesellschaft ist kein Unternehmen, an dem die Mitarbeiter private Anteile halten. Eine Mitarbeitergesellschaft hat keinen externen Eigentümer, sie gehört – wie eine Stiftung – niemandem. Ein Unternehmen in der Rechtsform einer Mitarbeitergesellschaft gehört also sich selbst, und in dem Sinne gehört es der Gesamtheit seiner Belegschaft, aber eben nicht als individuelles Eigentum in dem heutigen Verständnis verkäuflicher oder vererbbarer Eigentumsrechte (S. 275).*

Die Grundidee bei einer solchen Gesellschaftsform besteht darin, dass alle Mitarbeiter ein Interesse daran haben, dass das Unternehmen gut läuft. Nur wenn es gute Gewinne erwirtschaftet, können die einzelnen Mitarbeiter auch monatlich gutes Geld ausbezahlt bekommen. Wie und in welchem Verhältnissen das geschieht, das bestimmen die Mitarbeiter. Das einzige Eigentümerrecht der Mitarbeiter besteht darin, dass sie die unternehmerischen Entscheidungen des Unternehmens kontrollieren können.

Bei kleineren Mitarbeitergesellschaften bis zu 50 Beschäftigten kann die Belegschaft in Gesellschafterversammlungen direkt über die Besetzung der Unternehmensleitung entscheiden und ihr die Ziele vorgeben. Bei größeren Mitarbeitergesellschaften kann natürlich nicht jeden Tag eine Belegschaftsversammlung zur Bestimmung der Unternehmensziele stattfinden, auch müssen die Mitglieder der Firmenleitung Menschen sein, die die notwendigen Fähigkeiten und Kenntnisse mitbringen. Allerdings muss auch hier das Prinzip gelten, dass letztlich die Mitarbeiter insgesamt die Kontrolle über das Unternehmen ausüben.

Ein großer Vorteil gegenüber heutigen Unternehmensformen besteht nach Wagenknecht darin, dass alle Mitarbeiter ein Interesse an einem langfristig gut arbeitenden Unternehmen haben. Das Interesse daran, selbst gute Arbeit zu leisten und sich auch immer wieder selbst Gedanken über die künftige Unternehmensstrategie zu machen, würde wachsen. Sie verweist auch darauf, dass es in Deutschland mittlerweile rund 7.000 Betriebe gibt, die ganz oder mehrheitlich ihren Mitarbeitern gehören. Allerdings ist das Eigentum am Unternehmen in der Regel nicht an der Mitarbeit im Unternehmen gebunden, so können etwa Genossenschaftsanteile mitgenommen oder vererbt werden.

Mitarbeitergesellschaften brauchen zur Gründung oder auch für spätere Investitionen Geld. Hierzu schlägt Wagenknecht die Gründung eines öffentlichen Wagniskapitalfonds vor. Diese Fonds sollte in Höhe von mindestens 1 Prozent des Bruttoinlandsprodukts zur Verfügung stehen und aus einer Gewinnabgabe des gesamten Unternehmenssektors finanziert werden.

Werden Mitarbeitergesellschaften größer, sollten in der Gesellschafterversammlung auch Kommunalvertreter und später auch Vertreter von Länderparlamenten ein Mitspracherecht bekommen.

### **3. Die Öffentliche Gesellschaft: Mitsprache der Allgemeinheit**

Ab einer gewissen Größe haben Unternehmen eine wirtschaftliche Macht, für die laut Wagenknecht die Unternehmensformen von Personen- oder Mitarbeitergesellschaften nicht mehr ausreichen – als Beispiel kann man die heutigen Automobilkonzerne anführen. Das Kontrollgremium soll dann ein Aufsichtsrat sein, der zur einen Hälfte von Belegschaftsvertretern und zur anderen Hälfte von Vertretern der Öffentlichkeit, benannt von Städten, Gemeinden und Regionen besetzt sein sollte.

Ab welcher Größe Gesellschaften so organisiert sein sollte, dazu Wagenknecht auf Seite 280:

*Spätestens bei Unternehmen mit mehr als 20.000 Beschäftigten endet die Reichweite der Rechtsformen der Mitarbeitergesellschaft wie der Personengesellschaft ... Ab hier beginnt die Domäne der Öffentlichen Gesellschaft. Auch das sind kommerzielle Unternehmen, die unter Ertragsgesichtspunkten von einem professionellen Management geführt werden. Im Unterschied zur Mitarbeitergesellschaft können hier allerdings keine Ziele und Investitionsschwerpunkte mehr gegen die Stimmen der öffentlichen Vertreter und damit der Allgemeinheit festgelegt werden. So wird dem öffentlichen Gewicht solcher Unternehmen Rechnung getragen.*

Natürlich müssen solche Vertreter der Öffentlichkeit die Interessen der Allgemeinheit in solchen Gremien auch vertreten, was, wie der Dieselskandal bei VW zeigte, nicht zwangsläufig der Fall ist (denn hier saßen Vertreter der Öffentlichkeit mit im Aufsichtsrat).

#### **4. Gemeinwohlgesellschaft: gemeinnützige Dienste**

Es gibt Bereiche, in denen der Allgemeinheit Dienste zur Verfügung gestellt werden müssen, die sich nicht für eine kommerzielle Unternehmensführung eignen. Als Beispiel nennt Wagenknecht etwa Krankenhäuser, den Bankensektor, die Wasserversorgung oder auch Netze wie insbesondere auch die digitalen Netze. Für solche Bereiche führt sie die vierte Unternehmensform ein (Seite 281).

*Gemeinwohlgesellschaften werden mit öffentlichem Geld gegründet und arbeiten – ähnlich wie gemeinnützige Träger heute und ein Teil der kommunalen Unternehmen – nicht gewinnorientiert. Sie haben einen Versorgungsauftrag, den sie nach Möglichkeit kostendeckend erfüllen. Auch Gemeinwohlgesellschaften gehören nicht dem Staat, sondern sich selbst. Sie arbeiten nach bestimmten Regeln und unter öffentlicher Kontrolle, aber niemand kann willkürlich in sie hineinregieren. Weil sie dem Staat nicht gehören, kann er sie selbstverständlich auch nicht verkaufen, sie sind also nicht privatisierbar.*

Etwas ausführlicher geht Wagenknecht auf die digitalen Netze (also etwa das Internet) ein. Hier haben internationale Großkonzerne wie Google oder Facebook einen überragenden Einfluss. Sie betätigen sich als gigantische Datensammel-Kraken, was sich mit der zunehmenden Digitalisierung von Häusern, Autos und Elektrogeräten immer weiter ausweitet. Eine wirkungsvolle Kontrolle darüber, was mit diesen Daten geschieht, gibt es nicht. Ihr Fazit (Seite 283):

*Weshalb sollte beispielsweise der Internethandel nicht über ein öffentliches Portal vermittelt werden, das schlicht eine intelligente Software bereitstellt, die Anbieter und Kunden zueinander bringt, ohne dabei saftig mitverdienen und unsere Daten verwerten zu wollen. Je mehr die Digitalisierung in unsere Autos, unsere Häuser und in unser gesamtes Leben vordringt, desto dringender ist ein gemeinwohlorientierter Neuanfang im Umgang mit den digitalen Technologien.*

Ich habe dieses Modell vorgestellt, weil es zeigt, dass nicht kapitalistische Wirtschaftssysteme möglich sind, in denen etwa freie Unternehmen auch Gewinne machen können. In ihrem Modell soll der Teil des Kapitals abgeschafft werden, der letztlich nichts weiter tut, als zu kaufen (Waren, Firmen oder Konzerne, Wertpapiere an den Börsen und letztlich sogar Menschen) und zu verkaufen. Dieses Kaufen und Verkaufen macht diejenigen Menschen, die hier erfolgreich agieren, unsagbar reich. Zugleich schafft diese Tätigkeit überhaupt keine produktiven Werte. Hier wird letztlich Reichtum für einige wenige Menschen produziert, der niemandem etwas nutzt, außer ihnen selbst.

Dieses Modell macht auch Schluss mit einer Art des Sozialismus, wie er im damaligen „Ostblock“ herrschte. Was produziert wurde und was nicht wurde vom Plan der jeweils herrschenden Kommunistischen Partei bestimmt. Kleinere private Firmen waren teilweise

sogar zugelassen, hatten aber durch vielfältige bürokratische Hürden faktisch keine Möglichkeit, ein funktionierendes und flexibles Unternehmen aufzubauen. Wer ein besseres Leben haben wollte, hatte letztlich nur drei Möglichkeiten: Entweder, man war ein As in irgendeiner olympischen Sportart, oder man trat in die Partei ein und stieg dort nach oben auf, oder man machte mehr oder minder krumme Geschäfte am Parteiapparat vorbei. Für den Normalbürger lohnte sich ein besonderer Einsatz im eigenen Beruf letztlich nicht. Die Folgen sind bekannt, letztlich Stagnation und Verfall.

Obwohl ich dieses Modell von Wagenknecht in vielen Punkten teile, möchte ich an dieser Stelle doch vor einer falschen Schlussfolgerung warnen, die da lauten könnte: Da der Kapitalismus heute so viele Probleme schafft, sollten wir nicht mit allen Kräften für solch eine sozialistische Umgestaltung kämpfen? Wäre damit nicht auch den vielen Hungernden in der sogenannten dritten Welt am besten geholfen?

Ich halte diese Schlussfolgerung aus den folgenden Gründen für falsch:

- Die Menschen in den armen Staaten dieser Welt hungern und verhungern heute, sie sterben oft nur daran, weil ihnen die notwendige medizinische Versorgung vorenthalten wird; oder sie leben in unmenschlichen Bedingungen in Slums in den großen Städten; oder sie sind gezwungen, unter menschenunwürdigen Bedingungen 12, 14 oder 16 Stunden für einen Lohn zu arbeiten, der ihnen gerade knapp das eigene Überleben sichert. Das alles geschieht heute, vor unseren Augen, wenn wir nur bereit sind im Internet die entsprechenden Seiten aufzusuchen. Diese Menschen können nicht warten, bis sich die Welt vielleicht in 50 oder 100 Jahren auf einen nicht kapitalistischen Neuanfang verständigt hat.
- Ein Sozialismus, wie in Wagenknecht vorschlägt, erfordert große Veränderungen, wie etwa die Umwandlung von Kapitalgesellschaften in Mitarbeitergesellschaften, eine groß angelegte Entflechtung von vorhandenem Kapital. So etwas ist letztlich nur mit einer großen Mehrheit der Bevölkerung im Rücken möglich. Davon sind wir heute noch sehr weit entfernt. So bekommt etwa die LINKE bei Bundestagswahlen in Deutschland um die 10 % der Stimmen (wobei noch nicht einmal sicher ist, dass alle Mitglieder der LINKEN dieses Modell von Wagenknecht teilen), die anderen Parteien diskutieren so gut wie gar nicht über die Möglichkeiten, den Kapitalismus abzuschaffen. Mit einer großen Mehrheit meine ich übrigens nicht, dass für so ein Modell bei einer Wahl einmal über 50 % der Bevölkerung dafür stimmen, da braucht es schon so etwas wie eine 2/3 Mehrheit. Dies scheint in näherer Zukunft einfach undenkbar.
- Zugleich erscheint es mir bei der engen Verflechtung von Beziehungen in der heutigen Welt undenkbar, dass ein einzelnes Land alleine gegen den Rest der kapitalistischen Welt einen erfolgreichen Versuch starten könnte, ein nicht kapitalistisches System im eigenen Land zu errichten. Man denke nur einmal daran, was passierte, als der gerade gewählte Präsident Hollande in Frankreich den Spitzensteuersatz für die Reichen auf 75 % an hob (wobei er das von vorne herein nur für die kurze Zeit von 2 Jahren tun wollte). Es wurde natürlich mit Unterstützung des internationalen Großkapitals ein groß angelegter Shitstorm im Netz unter Einfluss vieler TV-Medien gestartet. Schon kurz nach dieser Maßnahme war Hollandes

Amtszeit quasi beendet, er bekam nie wieder politischen Boden unter die Füße. Um wie viel größer wäre dieser Shitstorm, wenn ein einzelnes Land etwa des reichen Westens versuchen würde, eine Gesellschaft nach einem solchen Modell zu errichten. Hinzu käme, dass es dann wahrscheinlich kaum noch Kapital zum Entflechten gäbe, das Kapital wäre innerhalb kürzester Zeit ins Ausland geflüchtet.

Es geht mir mit diesen Thesen auch nicht darum, die Diskussion über eine nicht kapitalistische Zukunft als sinnlos abzutun. Im Gegenteil: Ich bin sogar überzeugt davon, dass der Kapitalismus auf lange Sicht den Menschen auf dieser Welt keine vernünftige Zukunft zu bieten hat. Deshalb wäre es hoch erfreulich, wenn die Diskussion darüber sich immer weiter ausweiten würde. Aber es sind eben auch innerhalb des Kapitalismus auch heute schon Veränderungen möglich, die den Menschen gerade auch in den armen Ländern helfen könnten.

Im Kern geht es hierbei um die Frage, was darf das Kapital tun und an welche Regeln muss es sich halten. Solche Regeln gibt es im Kapitalismus schon seit langem – etwa:

- Was darf produziert werden und was nicht.
- Welche Löhne müssen an die ArbeitnehmerInnen gezahlt werden.
- Welche Arbeitszeiten sind zulässig.
- Wie viele Steuern sind für Gewinne zu zahlen.

Diese Regeln waren schon immer in verschiedenen Staaten sehr unterschiedlich.

Die letzten Jahrzehnte sind unter dem Schlagwort des Neoliberalismus bekannt geworden. Die Tendenz war eindeutig. Immer mehr Regeln wurden aufgeweicht oder gar abgeschafft. Das Kapital hat sich quasi seinem Traumziel für diese Welt immer weiter angenähert: In einer freien Welt sollen das Kapital und internationale Konzerne überall das tun können, was ihnen für ihre Gewinnmaximierung sinnvoll erscheint. Alle Regeln sind dabei nur ein Hindernis, ob das nun Umweltschutzbestimmungen oder Mindestlöhne sind; und wenn die Gewinne mit Rüstungsexporten erzielt werden, dann darf es da auch keine Einschränkungen geben. Am allerliebsten würde das Kapital überhaupt keine Steuern auf erzielte Profite bezahlen. Nein, soweit sind wir Gott sei Dank noch nicht, aber die Entwicklung ging immer stärker in diese Richtung. Nicht zuletzt mit Freihandelsabkommen, bei denen vollkommen unkontrollierte „Gerichte“ geschaffen werden, mit deren Hilfe Großkonzerne ganze Staaten verklagen können, wenn diese Entscheidungen treffen oder Gesetze verabschieden, die den Kapitalinteressen im Wege stehen.

Demgegenüber stelle ich die These auf: Mehr Gerechtigkeit in der Welt kann nur geschaffen werden, wenn es Regeln gibt, an die sich das Kapital und die Großkonzerne überall in der Welt halten müssen. Da es sich um eine kapitalistische Welt handelt, ist klar, dass die meisten dieser Regeln etwas mit Geld zu tun haben müssen. Hierzu meine Ideen.

- Es muss für alle Menschen auf dieser Welt ein bedingungsloses Grundeinkommen geben. Dies einfach aus einem Grund: Jeder Mensch muss das Recht haben, ein menschenwürdiges Leben zu führen, auch wenn er keinen vernünftigen Job findet. Dafür braucht es im Kapitalismus nun einmal Geld.

- Überall auf der Welt muss es einen Mindestlohn geben, den die Unternehmen ihren Mitarbeitern bezahlen müssen.
- Es muss weltweit geltende Regeln für die Steuern geben, die auf Gewinne, Vermögen und Transaktionen an den Börsen zu zahlen sind.

Weil es hier leicht Missverständnisse geben kann, möchte ich an dieser Stelle etwas genauer erläutern, was ich unter einem bedingungslosen Grundeinkommen verstehe. Dieses lässt sich am leichtesten in der Gegenüberstellung zur gegenwärtigen Hartz IV Gesetzgebung in Deutschland tun.

Wer in Deutschland zu den Langzeitarbeitslosen gehört, kann Geld auf der Grundlage dieses Gesetzes beantragen. Natürlich kann man der Meinung sein, dass das Geld, das man dann vom Staat erhält, für ein menschenwürdiges Leben nicht ausreicht. Aber das ist eine andere Diskussion. Hier geht es um ein bedingungsloses Grundeinkommen. Und Hartz IV ist das genaue Gegenteil von bedingungslos. Wer Geld vom Staat auf Grundlage dieses Gesetzes bezieht, verpflichtet sich zugleich, jeden Job in Deutschland anzunehmen, den ihm die Agentur für Arbeit vorschlägt. Wer dem nicht nachkommt, riskiert Leistungskürzungen oder sogar den gesamten Wegfall der Leistungen.

Lange Zeit gab es in Deutschland zumindest das ungeschriebene Gesetz der freien Berufswahl. Jeder Mensch soll sich seinen Beruf, in dem er schließlich einen großen Teil seines Lebens verbringt, frei aussuchen können. Hartz IV hat damit radikal Schluss gemacht. Wenn man es genau nimmt, handelt es sich um ein Gesetz zur Zwangsarbeit. Du musst jeden Job annehmen.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen darf allerdings nicht bedeuten, dass jeder Mensch einfach so viel Geld bekommt, dass es sich überhaupt nicht mehr lohnt einer geregelten Arbeit nachzukommen. Diesen Faktor muss man bei der Diskussion um die Höhe eines bedingungslosen Grundeinkommen berücksichtigen. Wenn sich Arbeit nicht lohnt, werden auch immer weniger Menschen arbeiten.

Das hat allerdings auch noch eine andere Seite. Bei einem bedingungslosen Grundeinkommen vermuten viele, würde man für eine ganze Reihe von Jobs in Deutschland keine Bewerber mehr finden. Das stimmt so natürlich nicht. Das hängt dann alleine von dem Gehalt ab, das für diese Jobs bezahlt wird. Ab einem bestimmten Gehalt findet man für jeden Job auch Bewerber. Kurz und knapp: Wenn ihr keine Bewerber findet, dann liegt das nur daran, dass ihr zu wenig zahlen wollt.

Bei der Debatte um ein bedingungsloses Grundeinkommen gibt es dann allerdings auch noch sehr merkwürdige Ideen. Bei solchen Ideen fänden sogar eine Reihe von VertreterInnen des Großkapitals ein bedingungsloses Grundeinkommen gut. Das sähe dann etwa so aus: Jeder Mensch in einem Staat würde von eben diesem Staat ein bedingungsloses Grundeinkommen beziehen. Die Unternehmen würden ihren Mitarbeiter nur noch das Gehalt zahlen, was über dieses bedingungslose Grundeinkommen hinausginge. Klar, so etwas hört sich für unsere Kapitalvertreter wunderbar an. Würden sie doch einen großen Teil ihre Kosten für Gehälter einsparen.

Solchen Ideen möchte ich an dieser Stelle eine deutliche Abfuhr erteilen. Ein

bedingungsloses Grundeinkommen ist nur für die Menschen da, die keinen eigenen Job haben. Arbeitgeber müssen ihren MitarbeiterInnen aber selbstverständlich weiterhin das volle Gehalt bezahlen. Ein Mangel an MitarbeiterInnen ist in großem Stil dann nur zu befürchten, wenn die Arbeitgeber nicht bereit sind, genügend für ihre Angestellten zu bezahlen.

Natürlich werden solche Grundeinkommen oder Mindestlöhne in den armen Ländern nicht von vorne herein so hoch sein können, wie in den reichen Ländern dieser Welt. Aber das Ziel muss dabei klar sein: Sie müssen sich langfristig immer weiter annähern.

Natürlich stellt sich hier auch sofort die Frage: So etwas kostet doch eine Menge Geld. Geld, das gerade die armen Länder auf dieser Welt gar nicht zur Verfügung haben. Woher soll das denn kommen?

Keine Frage, in den ersten Jahren wird dieses Geld zum großen Teil von außen kommen müssen. Aber es geht dabei nicht darum, dass dieses Geld dann immer weiter von außen kommt. Es muss vielmehr eine Anschubfinanzierung sein, um eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung des betreffenden Landes zu ermöglichen.

Hierbei ist es notwendig, dass man dabei sehr gut durchdacht und geplant vorgeht. Man stelle sich vor: Viele Menschen in einem armen Land erhalten für die nächsten Jahre garantiert ein Grundeinkommen von x Dollar. Dies würde die Nachfrage nach bestimmten Produkten in so einem Land dramatisch anwachsen lassen. Die Antwort auf die Frage, was dann mit dieser Nachfrage geschieht, ist aber für die weitere Entwicklung ganz entscheidend.

Die erste Möglichkeit wäre, dass diese Nachfrage nicht befriedigt werden kann. Das würde nur zu einem großen Anstieg der Preise führen, nichts wäre gewonnen. Die zweite Möglichkeit wäre, dass sich in großem Stil internationale Großkonzerne etwa aus der Nahrungsmittelindustrie in solchen Staaten niederlassen würden. Zwar könnten sich die Menschen dann von ihrem Grundeinkommen im besten Fall so viel kaufen, dass sie einigermaßen leben könnten. Allerdings würde so auch eine eigenständige Wirtschaftsentwicklung in dem Land verhindert. Denn kleine, sich neu gründende Unternehmen hätten gegen die Übermacht der Großkonzerne überhaupt keine Chance.

Denn genau darum geht es mit der dritten Möglichkeit. Die Nachfrage muss möglichst schnell durch eigenständige Unternehmen in dem betreffenden Land befriedigt werden können. Das alleine ermöglicht überhaupt eine eigenständige Entwicklung. Das würde allerdings im ersten Schritt noch mehr Geld von außen erfordern. Auch für kleine Unternehmen braucht es erst einmal eine Grundausstattung, also Geld für notwendige Investitionen. Menschen, die in solch armen Ländern überhaupt bereit wären, das Wagnis einer Unternehmensgründung einzugehen, müssen dafür ein zinsloses Darlehen erhalten. Geld, das sie erst später und nur bei ausreichenden Gewinnen zurückzahlen können. Zugleich müssen solche sich neu gründenden Unternehmen vor dem Zugriff der internationalen Großkonzerne auf ihre sich gerade erst entwickelnden Märkte geschützt werden, etwa durch Extraabgaben an den Staat, der daraus einen Teil der Kredite finanzieren könnte.

Ich kann an dieser Stelle solch ein Entwicklungsmodell nicht im Detail darlegen. Das hängt

damit zusammen, dass so ein Vorhaben je nach Land auch ganz verschieden angegangen werden muss. Die Menschen sind auf der Welt nun einmal nicht alle gleich, da gibt es verschiedene kulturelle und religiöse Hintergründe, verschiedene Bedürfnisse und deshalb auch ganz unterschiedliche Arten miteinander umzugehen und zu arbeiten. Ein solches Vorhaben muss in jedem einzelnen Land auf die Bedürfnisse der Menschen zugeschnitten entwickelt werden. Das bedarf einer Zusammenarbeit zwischen den Menschen in dem jeweiligen Land, am besten auch mit der dortigen Regierung und den Menschen, die helfen wollen so etwas in Gang zu bringen. Zu solch einer Planung gehört natürlich noch viel mehr:

- Planung von Verkehrswegen und Infrastruktur
- Bau von Schulen, Ausbildungsstätten und Universitäten
- Bau von Krankenhäusern

Und das ist mit Sicherheit noch keine vollständige Liste.

Allerdings bin ich davon überzeugt, dass so etwas tatsächlich möglich ist. Unrealistisch erscheint allerdings heute, dass man von der Weltgemeinschaft fordert, so etwas für alle armen Länder dieser Welt in die Wege leitet. Denn die meisten Länder der reichen Industriestaaten handeln vollkommen egoistisch. Egoistisch in dem Sinne, dass die großen Konzerne im eigenen Land gute Profite machen sollen, weil das angeblich Arbeitsplätze im eigenen Land sichert. In diese Richtung wurde das Ziel von Entwicklungshilfe immer weiter verschoben. Es geht überhaupt nicht mehr darum, den armen Ländern Hilfe in der Richtung zu gewähren, dass dort eine eigenständige wirtschaftliche Entwicklung in Gang kommt. Nein: Entwicklungshilfe soll sich lohnen, für die Konzerne im eigenen Land. Da wird dann gerne von der Win-Win-Situation für beide Seiten gesprochen. Das ist aber eine dreiste Lüge. Gewinner an dieser Art von Entwicklungshilfe sind alleine die Großkonzerne in den reichen Industriestaaten, am meisten darunter leiden müssen die Menschen in den armen Ländern. Um diese Behauptung zu belegen, möchte ich mich an dieser Stelle mit Planungen auseinandersetzen, die in Deutschland insbesondere von der damaligen Bundesregierung propagiert wurde. Dem Marshallplan für Afrika.

### **Der Marshallplan für Afrika**

Alleine der Name dieses Planes klingt doch großartig. Jeder weiß: Den Menschen in Afrika geht es nicht gut, eine zuletzt wieder ansteigende Anzahl von Menschen leidet unter Hunger, vielen droht der Hungertod. Da ist es doch nur gut und richtig einen Plan aufzusetzen, um diesen armen Menschen zu helfen.

Wie soll dieser Plan, vorgelegt vom ehemaligen Entwicklungshilfeminister Gerd Müller (CSU), funktionieren? Die Idee dabei ist, dass die afrikanischen Länder bei ausländischen Großkonzernen die Werbetrommel rühren sollen, damit diese in ihrem Land investieren. Denn solche Investitionen würden dann in den jeweiligen Ländern neue Arbeitsplätze schaffen und eine positive wirtschaftliche Entwicklung in Gang bringen.

Dass es bei diesem Marshallplan für Afrika in Wirklichkeit um etwas ganz anderes geht, hat die ARD-Sendung [MONITOR vom 06.07.2017](#) aufgezeigt:

Und so funktioniert die neue Politik. Das Entwicklungsministerium hat Investmentfonds wie den „Africa Agriculture Trade Investment“ aufgelegt, kurz AATIF. 75 Millionen hat allein das Ministerium reingesteckt. Die Steuergelder sollen dann private Investoren mobilisieren, in Afrika zu investieren. Erklärtes Ziel des Fonds ist die „Bekämpfung von Armut“ und „mehr Arbeitsplätze und bessere Löhne“ für die Menschen vor Ort. In Sambia, beim Vorzeigeprojekt der Bundesregierung, sieht das dann so aus. Zehn Millionen Dollar hat das Unternehmen Agrivision vom deutschen Investmentfonds bekommen. Der Agrarkonzern produziert Soja, Weizen und Mais, viel davon für den Export. Früher war hier einmal Ackerland lokaler Bauern.

**Derek Nicolle, Farmmanager (Übersetzung Monitor):** „Rechts hinter mir können Sie noch etwas von dem Buschland sehen. Wo jetzt die Sojafelder sind, wurde der Wald gerodet und der Boden zum Pflanzen vorbereitet.“

Tausende Hektar Flächen bewirtschaftet das Unternehmen. Mit zwei Ernten im Jahr macht es mittlerweile ordentlich Gewinn. Und die Menschen hier? Während auf der Farm das Wasser praktisch pausenlos sprudelt, teilen sich die Bewohner im Dorf Ngambwa eine kleine Pumpe. Von den Investitionen kommt bei ihnen offenbar nichts an. Die Menschen sind wütend. 1.600 Arbeitsplätze sollten es einmal sein bei Agrivision. Doch wenn überhaupt, erzählen sie, bekämen sie Gelegenheitsjobs.

**Rebecca Mkambo (Übersetzung Monitor):** „Unsere Arbeitsbedingungen sind nicht gut. Wir kriegen nur sehr wenig Lohn. Von den Männern ist keiner festangestellt, auch von den Frauen nicht. Nach zwei Monaten Arbeit werden wir wieder entlassen.“

Doch das schlimmste sei, sagen sie, sie könnten ihre Familien und Kinder nicht mehr ernähren. Denn viele von ihnen hätten ihr Land verloren, kleine Ackerflächen, die sie seit langer Zeit bewirtschaftet hätten.

**Ruthy Mkosha (Übersetzung Monitor):** „Ich beschwere mich über die Weißen. Sie haben uns unser Ackerland weggenommen. Nun haben wir nicht mehr genug zu essen. Wir müssen hungern, weil sie nicht zulassen, dass wir unser Land bewirtschaften.“

Von diesen Vorwürfen zeigt sich Agrivision auf Nachfrage überrascht. Man wisse nichts über offizielle Klagen. Man zahle Mindestlohn. Und das Land für die Farm habe man von der Regierung gepachtet. Jane Nalunga kennt Konflikte wie diese. Die Wirtschaftsexpertin beschäftigt sich intensiv mit privaten Investments in Afrika und ihren Folgen. Sie ist Gast beim G20-Alternativgipfel in Hamburg. Und dort eine DER Stimmen Afrikas.

**Jane Nalunga, Wirtschaftsexpertin SEATINI-Institut (Übersetzung Monitor):** „Afrika soll eine hübsche Braut aus sich machen. Es soll seine wirtschaftlichen und finanziellen Bedingungen ändern, damit es attraktiv ist für ausländische Investoren. Aber das wird in einer Katastrophe enden für Afrika. Ausländische Investoren wollen nur Profit, allein darum geht es.“

Alleine dieses eine Beispiel aus Afrika zeigt schon: Bei dem Marshallplan für Afrika geht es

überhaupt nicht darum, eine Entwicklung in Afrika selbst zu fördern. Einzig und alleine den ausländischen Großkonzernen soll ein neuer Markt angeboten werden, wo sie zusätzliche Profite absahnen können. Und das zum Schaden der afrikanischen Bevölkerung.

Und nicht nur das. Den Großkonzernen soll ein Markt angeboten werden, in dem sie sich in Investitionen nahezu ohne eigenes Risiko versuchen können. Hierzu nochmals ein Zitat aus der erwähnten Sendung von Monitor:

*Die Konstruktion des Fonds jedenfalls kommt vor allem den privaten Investoren entgegen. Der AATIF ist nach dem sogenannten „Wasserfall-Prinzip“ strukturiert. Das heißt, es gibt drei Risikoklassen. Das geringste Risiko tragen die privaten Investoren, das mittlere Risiko liegt bei Banken, das größte Risiko trägt das BMZ, das Entwicklungsministerium. Der Clou für die privaten Investoren: Macht der Fonds Gewinn, fließen ihnen zuerst die Gewinne zu. Bei Verlusten ist es genau umgekehrt, da haften zuerst die öffentlichen Gelder, also der Steuerzahler. Eine gewagte Konstruktion. So gewagt, dass der Fond sogar hier aufgelegt werden musste, im Steuerparadies Luxemburg. Das gibt das Ministerium sogar unumwunden offen zu.*

Nun könnte man vielleicht der Meinung sein, das Beispiel der Firma Agrivision sein ja nur ein Negativbeispiel für einen insgesamt doch guten Plan. Das Gegenteil ist aber der Fall. Dieser Marshallplan deckt sich mit der Politik, die die gesamte EU schon seit langem gegenüber Afrika betreibt. Hierzu ein Zitat aus einem Beitrag der 1983 in Burundi geborenen freien Journalistin Arlette-Louise Ndakoze, nachzulesen unter [Deutschlandfunk Kultur vom 13.06.2017](#) :

### ***EU zwingt Afrika ausbeuterische Abkommen auf***

*Der, Zitat, "moralische Kompass", den Müller fordert, führt weg von einer offenkundig doppel-moralischen Entwicklungspolitik. Nachlesen kann man das auf den rund 30 Seiten, in denen er seine "Eckpunkte für einen Marshallplan mit Afrika" vorstellt. Der Plan setzt auf mehr Investitionen europäischer Unternehmen, und zwar in die Landwirtschaft, die Industrie und die Energieerzeugung.*

*Darin prangert das Entwicklungsministerium die Ausbeutung von Menschen und Ressourcen an, unterschlägt aber, dass die EU seit 15 Jahren afrikanischen Staaten ausbeuterische Abkommen aufzwingt. Die bilateralen Verträge unter dem Namen "Economic Partnership Agreements" - übersetzt: Wirtschaftspartnerschaftsabkommen - fordern eine weitgehende zollfreie Marktöffnung auch für umweltschädliche europäische Produkte wie Pestizide und Atomkraftwerke. Bei Nicht-Unterzeichnung setzt die EU den sogenannten Handelspartner unter Druck mit Zöllen auf für ihn wichtige Importgüter wie Thunfisch und Kakaoprodukte. Einige afrikanische Staaten fordern mindestens eine Exportsteuer auf Rohstoffausfuhren, was die EU jedoch ablehnt.*

### ***Profit für deutsche Märkte - Einbruch afrikanischer Märkte***

*Auch den Infrastruktur-Ausbau afrikanischer Länder wollen sich europäische Firmen sichern. Welche Rolle den afrikanischen Staaten dabei zukommt, hat etwa Stefan*

*Liebing, Vorsitzender des "Afrika-Vereins der deutschen Wirtschaft", klar gesagt. Zitat: "Es bedeutet, dass wir die Möglichkeit haben, dort vergleichsweise günstig Arbeitskräfte zu finden für Produktionsanlagen und Investitionen, und wir sehen zunehmend, dass die Qualifikation steigt." Qualifizierte plus günstige Arbeitskraft gleich Profit für deutsche Märkte gleich Einbruch afrikanischer Märkte. Ein Marshallplan würde versuchen, afrikanische Kleinbauern über Wasser zu halten, die durch die bilateralen Wirtschaftsabkommen bereits ertränkt wurden.*

*Doch dieser düsteren Entwicklung schiebt die deutsche Entwicklungspolitik keinen Riegel vor. Mit erhobenem Zeigefinger bemüht sich der Entwicklungsminister ständig, das verzerrte Bild eines armen Afrika geradezurücken, und betont: Der Marshallplan verstehe sich als einen Plan mit und nicht für Afrika. Als könnten Präpositionen falsche Voraussetzungen für Investitionen ersetzen. Es geht weder um einen Marshallplan mit noch für Afrika. Es geht um einen Marshallplan gegen Afrika.*

Dass man den auch heute noch klangvollen Namen des Marshallplans für eine solche Politik missbraucht, ist an Zynismus und Verlogenheit kaum zu überbieten. Natürlich könnte man über diesen positiven Ruf des damaligen Marshallplanes auch heute noch trefflich streiten, das wäre aber ein anderes Thema. Suggestiert wird, dass es sich heute um einen Plan handelt, von dem sowohl Afrika als auch Europa profitieren. Die Wahrheit ist aber: Mit diesem Plan soll europäischen Großkonzernen neue Märkte in einer globalisierten Welt erschlossen und zugleich eine eigenständige Wirtschaftsentwicklung in Afrika verhindert werden. Denn letzteres würde für diese Großkonzerne nur eine lästige Konkurrenz bedeuten, was sie mit allen Mitteln verhindern wollen. Am meisten leiden werden unter diese Politik diejenigen, die schon jetzt zu den Ärmsten in der Welt gehören.

### **Armut ist relativ**

Auch in den reichen Industriestaaten geht die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander. Wer in diesen Staaten als arm gilt, wird meist wie folgt berechnet: In jedem dieser Länder lässt sich ein durchschnittliches Einkommen berechnen. Wer einen bestimmten Prozentsatz unter diesem Durchschnitt liegt, gilt als arm. In Deutschland gilt demnach als arm, wer weniger als 60 % dieses durchschnittlichen Einkommens zur Verfügung hat. Die so berechnete Anzahl an armen Menschen nimmt in der Tat in den reichen Industriestaaten immer weiter zu.

Wer in Deutschland als Arm gilt, wäre mit diesem Einkommen etwa in vielen afrikanischen Ländern unsagbar reich. Wie kann man da überhaupt von Armut sprechen?

Zum einen sind wir Menschen soziale Wesen. Es ist uns in der Regel überhaupt nicht egal, wie die anderen uns sehen und welche Wertschätzung wir im gesellschaftlichen Zusammenhang erfahren. Wer in den reichen Ländern arm im obigen Sinne ist, wird aus vielen gesellschaftlichen Zusammenhängen ausgegrenzt und erfährt auf vielfältige auch unterschwellige Art und Weise immer wieder. Seid froh, dass wir Euch überhaupt dulden und vielleicht auch noch finanziell unterstützen. Eigentlich seid Ihr doch gar nichts wert.

Die statistische Armut, das ist letztlich nur eine Zahl. Was die Menschen, die hiernach zu den Armen gehören, dabei empfinden und wie sie damit umgehen, das ist eine ganz andere

Sache. Und: Man darf diese Armut auch nicht klein reden nach dem Motto: Euch geht es doch eigentlich ganz gut, vielleicht nicht ganz so gut wie den anderen. Seid doch froh, dass es Euch viel besser geht als den vielen Hungernden in Afrika.

Das zeigt alleine schon eine Tatsache: **Wer arm ist stirbt früher**. Hierzu ein Artikel aus der [Frankfurter Rundschau vom 15.03.2017](#) :

*Die gute Nachricht zuerst: Die Lebenserwartung in Deutschland steigt. Die schlechte Nachricht: Das gilt überwiegend nur für sozial besser gestellte Menschen. Frauen und Männer, die mit wenig Geld auskommen müssen, sterben früher – das wird auf absehbare Zeit so bleiben und sich auch noch verschlimmern. „Männer und Frauen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze haben im Vergleich zu den hohen Einkommensbeziehern eine um elf beziehungsweise acht Jahre geringere Lebenserwartung“, sagte Thomas Lampert vom Robert-Koch-Institut (RKI) am Mittwoch. Das sei das Ergebnis der RKI-Gesundheitsstudie.*

Die Ursachen hierfür sind vielschichtig. Viele der Armen achten weniger auf ihre Gesundheit. Zum einen deshalb, weil gesunde Ernährung teurer ist. Und je weiter die Mieten ansteigen, umso gravierender wird dieser Effekt. Das hat aber zum anderen auch mit den oben angesprochenen psychischen Faktoren zu tun. Wer sich von der Gesellschaft nicht anerkannt oder gar ausgegrenzt fühlt, der hat dann leicht auch ein unterentwickeltes Selbstwertgefühl. Dies führt oft dazu, dass man weniger auf die eigene Gesundheit achtet, auch wenn dies zumindest teilweise möglich wäre. Da wird dann bei vielen das ohnehin knappe Geld lieber in Alkohol oder Zigaretten „investiert“, als in gesunde Ernährung.

Dabei darf aber nicht verschwiegen werden, dass vielen Armen in Deutschland tatsächlich die finanziellen Möglichkeiten fehlen, sich gesund zu ernähren, so ein Beitrag von [SWR2 vom 05.04.2017](#):

#### ***Hartz IV reicht nicht für gesunde Ernährung***

*Geschmackliche Vorlieben sind aber nicht allein entscheidend. Das Geld spielt natürlich auch eine Rolle. Gutes Essen kostet etwas. Zwei Dortmunder Ernährungswissenschaftlerinnen haben vor einigen Jahren einmal ausgerechnet, was es kostet, ein Kind, das älter ist als vier Jahre, nach allgemeinen ernährungswissenschaftlichen Standards gesund zu ernähren. 347 Euro im Monat betrug der Hartz IV-Satz zur Zeit der Untersuchung.*

*Und selbst, wenn man im Discounter einkauft, so das Fazit der Autorinnen, reicht das nicht für eine gesunde Mischkost. Darum belegt die sogenannte Schuleingangsuntersuchung von Kindern mit jedem neuen Schuljahr immer größere Gesundheitsunterschiede zwischen Arm und Reich. Das Fatale ist: Mangelnde Bildung und Krankheit bedingen sich gegenseitig. Wer krank ist, hat von Anfang an schlechtere Chancen, durch die Schule zu kommen und Bildung zu erwerben.*

Hinzu kommt ein Gesundheitssystem, das in vielerlei Hinsicht reiche Menschen bevorzugt. Weiterhin ist der Bildungsstand von Armen im Durchschnitt niedriger als der von Wohlhabenden. Da ist es dann zum Beispiel auch schwieriger, einem Arzt die Symptome

einer Krankheit genau zu schildern, oft werden notwendige Arztbesuche gar nicht erst in Anspruch genommen.

Nicht zuletzt gilt auch: Arme Menschen, die einen Job haben, arbeiten oft unter unsicheren und schlecht bezahlten Bedingungen, nicht selten sind die Arbeitsbedingungen dort auch selbst gesundheitsschädlich.

**Fazit:** Auch wenn die Armut von Menschen in den reichen Industriestaaten nicht mit der Armut etwa in Afrika vergleichbar ist, führt diese Armut aber dennoch dazu, dass viele Menschen vom normalen sozialen Leben weitgehend ausgeschlossen werden und sogar deutlich früher sterben.

Vor dem Hintergrund, dass die soziale Schere sowohl zwischen den Staaten dieser Welt als auch in nahezu jedem einzelnen Land auf dieser Welt immer weiter auseinandergeht, sind zwei extreme Szenarien denkbar. Eines, in dem diese Probleme immer weiter zunehmen und im schlimmsten Fall zu globalen Katastrophen führen. Ein anderes, mit dem diese Probleme tatsächlich angepackt und möglichst rasch gelöst werden. Natürlich sind auch viele Szenarien zwischen diesen Extremen denkbar. Ich möchte allerdings an dieser Stelle die beiden extremen Szenarien vorstellen, um deutlich zu machen, um welche grundlegenden Entscheidungen es heute in der Welt geht.

### **Die negative Perspektive: Arm kämpft gegen Arm**

Wie oben gezeigt. Den Menschen in den reichen Industriestaaten, die hier zu den Armen gezählt werden, geht es tatsächlich nicht gut. Im Durchschnitt steigt der Prozentsatz dieser relativ zu anderen Armen immer weiter an. Auch viele Menschen, denen es jetzt noch einigermaßen gut geht, drohen in näherer Zukunft oder spätestens als RentnerInnen zu diesen Armen zu gehören. Wenn dann immer mehr Flüchtlinge aus den armen Staaten dieser Welt an die Türe klopfen; wenn dann auch noch gefordert wird, dass die reichen Industriestaaten mehr Gelder bereitstellen sollen, um die verheerende Armut in der dritten oder vierten Welt zu bekämpfen: Dann wächst bei diesen Menschen die Angst. Und das aus zwei Gründen:

Die meisten haben mit ihren jeweiligen Regierungen so ihre Erfahrungen gemacht. Wenn der Staat zusätzliche Mittel für irgendetwas bereitstellt (etwa Flüchtlinge oder Entwicklungshilfe), dann wird es wieder irgendwelche „Reformen“ geben, mit denen dieses Geld an anderer Stelle eingespart werden soll. Unter diesen „Reformen“ werden dann wieder diejenigen leiden, die ohnehin schon zu den sozial Schwachen gehören.

Diese Erfahrungen wirken mit einer bei vielen Menschen weit verbreiteten Angst vor allen Fremden zusammen. Diese Ängste sind nun nicht von vorne herein mit Rassismus gleich zu setzen. Aber diese Ängste sind in den Köpfen vieler Menschen tief verwurzelt und müssen ernst genommen werden.

Denn ansonsten schlägt die Stunde der Bauernfänger. Ob diese Bauernfänger nun offen rassistische oder faschistische Organisationen sind oder ob sie unter verschiedenen

Tarnmänteln (etwa die AfD in Deutschland, der Front National in Frankreich oder Präsident Trump in den USA) die Angst vor und den Hass auf die anderen, die Ausländer schüren, spielt dabei eigentlich eine untergeordnete Rolle. Gefördert wird in jedem Fall eine nationalistische Haltung, die besagt: Zunächst einmal muss es uns, dem eigenen Land gut gehen. Die anderen kommen, wenn überhaupt, erst viel später dran.

Es ist schon beeindruckend, wie hilflos die vorherrschende Politik etwa in Europa mit diesen Bauernfängern umgeht. So werden die großen Parteien in Deutschland nicht müde, sich von der AfD zu distanzieren und sich abzugrenzen und mussten doch erleben, dass diese Partei bei den letzten Wahlen enorm an Stimmen gewonnen hat. Diese Art der Abgrenzung ist im Gegenteil sogar kontraproduktiv. Schließlich stellt man auf diese Art auch noch alle WählerInnen der AfD als naiv und dumm hin. Was dann wiederum den Hass auf die herrschende Politik noch vergrößert ...

Die Lösung ist eigentlich ganz einfach. Sorgt dafür, dass sich die soziale Schere in euren Ländern wieder schließt. Baut eure immer weiter anwachsenden Billiglohnssektoren ab, sorgt dafür, dass alle Menschen einen vernünftigen und gut bezahlten Job bekommen und sich vor Altersarmut nicht fürchten müssen. Ich bin davon überzeugt: Wenn ihr das tut, werden diese Bauernfänger bald Geschichte sein, damit löst sich das Problem von selbst. Macht ihr so weiter, dann werden sie wahrscheinlich immer stärker werden und die EU wird über kurz oder lang auseinanderfallen.

Auch in den tatsächlich armen Ländern, in denen viele Menschen tagtäglich um ihr nacktes Überleben kämpfen müssen, hat sich etwas getan. Eine Zeitlang hat sich die Anzahl der tatsächlich Hungernden auf der Welt sogar verkleinert, eine Tendenz, die sich in den letzten Jahren leider wieder umgekehrt hat. Ursachen für diese Trendwende sind vor allem die kriegerischen Auseinandersetzungen in vielen afrikanischen Ländern oder im Jemen, aber auch zunehmende Dürreperioden, die möglicherweise auch etwas mit dem Klimawandel zu tun haben.

Was allerdings für das Denken der Menschen dort noch viel gravierender ist. Früher konnten sie nur unter ihrem Schicksal leiden, sie kannten nichts anderes. Heute gibt es auch dort das Internet. Sie können mit eigenen Augen sehen, dass es den Menschen woanders viel besser geht als ihnen selbst. Und sie wissen nur zu genau. Sie selbst haben überhaupt keine Schuld an ihrer schlechten Situation, sie sind auf dieser Welt nur am falschen Ort geboren worden.

Das alles erzeugt in den armen Ländern dieser Welt immer stärker zwei Bewegungen. Zum einen eine immer weiter ansteigende Anzahl von Flüchtlingen (laut UNO sind mittlerweile über 65 Millionen Menschen auf der Flucht). Zum anderen bei vielen auch einfach Wut und Hass über diese Ungerechtigkeit. Und, wie wir wissen, auch in den armen Ländern gibt es Bauernfänger. Nur heißen diese nicht AfD, Front National oder Trump wie in den reichen Industrieländern. Dort heißen sie IS, Boko Haram oder Al-Qaida.

Auch hier ist die Lösung im Prinzip ganz einfach. Sorgt dafür, dass es den Menschen in den armen Ländern tatsächlich besser geht. Stoppt endlich den Waffenhandel und die kriegerischen Auseinandersetzungen überall auf der Welt. Damit könnt ihr das Flüchtlingsproblem beseitigen und den internationalen Terrorismus tatsächlich bekämpfen

und nicht, indem ihr massenhaft Bomben über dem Nahen Osten abwerft. Macht Ihr so weiter, werden die Flüchtlingsströme immer größer. Auch der Terrorismus wird sich immer weiter ausweiten, vielleicht unter neuen Namen.

Alles zusammen: Ein zunehmend nationalistisches Handeln der Länder der reichen Industriestaaten. Der Zerfall von Staatengemeinschaften wie der EU. Immer mehr soziale Ungerechtigkeit. Immer mehr Kriege und ein Anwachsen des Terrors in der Welt. Dies alles hat zumindest das Potential, dass daraus auch ein dritter Weltkrieg entstehen kann.

### **Die positive Perspektive: Die Welt handelt endlich vernünftig und gemeinsam**

Das klingt doch total utopisch und verträumt. Insbesondere, wo ich weiter oben noch darauf hingewiesen habe, dass es heute unrealistisch erscheint, von der Weltgemeinschaft fordert vernünftige Schritte für alle armen Länder dieser Welt zu werden. Dies vor dem Hintergrund, dass es solche eine Weltgemeinschaft bislang nicht gibt. Allerdings, es gibt doch positive Ansätze dazu, die man ausbauen kann:

So hat die UNO im September 2015 die [Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung](#). Unterstützt übrigens von 193 Staaten dieser Welt. An dieser Stelle möchte aus diesem Dokument die Präambel und die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung zitieren:

#### ***Präambel***

*Diese Agenda ist ein Aktionsplan für die Menschen, den Planeten und den Wohlstand. Sie will außerdem den universellen Frieden in größerer Freiheit festigen. Wir sind uns dessen bewusst, dass die Beseitigung der Armut in allen ihren Formen und Dimensionen, einschließlich der extremen Armut, die größte globale Herausforderung und eine unabdingbare Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung ist.*

*Alle Länder und alle Interessenträger werden diesen Plan in kooperativer Partnerschaft umsetzen. Wir sind entschlossen, die Menschheit von der Tyrannei der Armut und der Not zu befreien und unseren Planeten zu heilen und zu schützen. Wir sind entschlossen, die kühnen und transformativen Schritte zu unternehmen, die dringend notwendig sind, um die Welt auf den Pfad der Nachhaltigkeit und der Widerstandsfähigkeit zu bringen. Wir versprechen, auf dieser gemeinsamen Reise, die wir heute antreten, niemanden zurückzulassen.*

*Die heute von uns verkündeten 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung und 169 Zielvorgaben zeigen, wie umfassend und ambitioniert diese neue universelle Agenda ist. Sie sollen auf den Millenniums-Entwicklungszielen aufbauen und vollenden, was diese nicht erreicht haben. Sie sind darauf gerichtet, die Menschenrechte für alle zu verwirklichen und Geschlechtergleichstellung und die Selbstbestimmung aller Frauen und Mädchen zu erreichen. Sie sind integriert und unteilbar und tragen in ausgewogener Weise den drei Dimensionen der nachhaltigen Entwicklung Rechnung: der wirtschaftlichen, der sozialen und der ökologischen Dimension.*

*Die Ziele und Zielvorgaben werden in den nächsten fünfzehn Jahren den Anstoß zu Maßnahmen in den Bereichen geben, die für die Menschheit und ihren Planeten von*

*entscheidender Bedeutung sind.*

### **Menschen**

*Wir sind entschlossen, Armut und Hunger in allen ihren Formen und Dimensionen ein Ende zu setzen und sicherzustellen, dass alle Menschen ihr Potenzial in Würde und Gleichheit und in einer gesunden Umwelt voll entfalten können.*

### **Planet**

*Wir sind entschlossen, den Planeten vor Schädigung zu schützen, unter anderem durch nachhaltigen Konsum und nachhaltige Produktion, die nachhaltige Bewirtschaftung seiner natürlichen Ressourcen und umgehende Maßnahmen gegen den Klimawandel, damit die Erde die Bedürfnisse der heutigen und der kommenden Generationen decken kann.*

### **Wohlstand**

*Wir sind entschlossen, dafür zu sorgen, dass alle Menschen ein von Wohlstand geprägtes und erfülltes Leben genießen können und dass sich der wirtschaftliche, soziale und technische Fortschritt in Harmonie mit der Natur vollzieht.*

Und weiter mit den 17 Zielen

### **Ziele für nachhaltige Entwicklung**

*Ziel 1. Armut in allen ihren Formen und überall beenden*

*Ziel 2. Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern*

*Ziel 3. Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern*

*Ziel 4. Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern*

*Ziel 5. Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen*

*Ziel 6. Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten*

*Ziel 7. Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern*

*Ziel 8. Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern*

*Ziel 9. Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen*

*Ziel 10. Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern*

*Ziel 11. Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten*

*Ziel 12. Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen*

*Ziel 13. Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen\**

*Ziel 14. Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen*

*Ziel 15. Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen*

*Ziel 16. Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen*

*Ziel 17. Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen*

*\* In Anerkennung dessen, dass das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen das zentrale internationale zwischenstaatliche Forum für Verhandlungen über die globale Antwort auf den Klimawandel ist.*

Ich habe deshalb so ausführlich aus diesem Dokument zitiert, weil es wirklich bemerkenswert ist. Im Prinzip könnte man doch sagen: Die Welt hat endlich verstanden. Wenn so ein Dokument von 193 Staaten dieser Welt unterzeichnet wurde mit Zielen, die bis zum Jahre 2030 erreicht werden sollen, dann ist doch eigentlich sogar dieses Buch überflüssig.

Damit aus diesem Dokument auch etwas wird, sollen die Unterzeichnerstaaten der UNO auch regelmäßige Fortschrittsberichte vorlegen. Das ist übrigens der eigentliche Grund, warum die deutsche Bundesregierung ihr Konzept für einem „Marshallplan für Afrika“ vorgelegt hat. Dieser Plan sollte zeigen, welche großen Schritte Deutschland unternimmt, um die „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ zu realisieren. Wie gesehen, ist dieser Marshallplan eine große Mogelpackung, die zwar den Profiten von Großkonzernen dient aber gleichzeitig eine eigenständige Entwicklung in Afrika sogar behindert. Ohne dies im Detail recherchiert zu haben gehe ich davon aus, dass die Planungen und Fortschrittsberichte von anderen reichen Industriestaaten in dieselbe Richtung gehen werden. Alles für die Profite von großen Konzernen am besten aus dem eigenen Land, nichts

für eine tatsächlich positive Entwicklung in den armen Ländern.

Das hat natürlich auch mit einer grundsätzlichen Schwäche dieses Dokumentes zu tun. Wenn all diese Ziele erreicht werden sollen, dann müssen natürlich auch die finanziellen Mittel dafür bereitgestellt werden. Zu diesem Thema sagt das Dokument leider nichts. Klar, man hätte das Geld von den Reichen und Superreichen dieser Welt und natürlich von den reichen Industrienationen fordern müssen. Ein Dokument, das hier Klartext spräche, wäre allerdings kaum von 193 Staaten dieser Welt unterzeichnet worden.

Das heißt aber nicht, dass dieses Dokument damit wertlos ist. Im Gegenteil: Mit der Verpflichtung auf diese Ziele machen sich alle Staaten angreifbar, wenn sie nicht in diese Richtung handeln. Dass überhaupt so viele Staaten so etwas unterzeichnet haben, zeigt weiterhin: Die Staaten sind um ihr Ansehen, ihr Image in der Welt besorgt. Das schafft tatsächlich die Möglichkeit, Regierungen und Staaten mit Hilfe dieses von ihnen selbst unterzeichneten Dokumentes unter Druck zu setzen und damit auch letztlich deren Handeln perspektivisch zu verändern.

Hier wirklichen politischen Druck zu entfalten, kann allerdings nur unter zwei Voraussetzungen gelingen: Es ist eine große internationale Bewegung für eine gerechte Welt notwendig und es muss global um die Erreichung einiger ganz konkreter Forderungen gestritten werden.

### **Globale Bewegung für eine rechte Welt**

Es gibt heute schon eine Vielzahl von Organisationen, die sich in verschiedenen Bereichen für nachhaltige Entwicklung in der Welt einsetzen. Allerdings nur in einzelnen Bereichen (Umweltschutz, Frieden, medizinische Versorgung, Katastrophenhilfe und viele Mehr). Im Internet gibt es auch viele Seiten, die sich mit der Frage „Wie weiter mit unserem Planeten“ auseinandersetzen. Allerdings ist hieraus noch keine große und wirkungsvolle Organisation geworden, die etwa für die tatsächliche Umsetzung der Ziele der „Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung“ streitet. Eine Organisation, an deren Forderungen und Aussagen auch die internationalen Medien nicht mehr vorbeigehen können.

Nur ein kleines Beispiel, was sich hier tun müsste. Zumindest in vielen reichen Industrieländern gibt es Gewerkschaften, die auch immer wieder für ihre Mitglieder etwas durchsetzen (etwa bessere Löhne oder Arbeitsbedingungen). Hier wäre es doch höchste Zeit, dass sich tatsächlich weltweite Gewerkschaften bilden. Wie wäre es mit einem Streik in einem Großkonzern in einem reichen Industrieland, in dem von diesem Konzern gefordert wird, dass die Löhne und Arbeitsbedingungen in einem Zweigwerk irgendwo in einem armen Land drastisch erhöht bzw. verbessert werden müssen, damit auch diese Menschen ein menschenwürdiges Leben führen können? Leider sind wir von solch einer internationalen Gewerkschaft noch sehr weit entfernt.

Kurz: Es gibt viele Ansätze, die sich hin zu einer globalen Bewegung entwickeln könnten. Im dritten Teil dieses Buches werde ich einige Ideen und Vorschläge entwickeln, wie daraus tatsächlich auch etwas werden könnte. An dieser Stelle reicht das Fazit: Wer die Welt verändern will, braucht hierzu eine internationale Organisation oder Bewegung, die wirkungsvoll politischen Druck entfalten kann.

## **Konkrete Forderungen**

Die Weltbank definiert als arm Menschen, denen pro Tag weniger als 1,90 Dollar zur Verfügung stehen. Da gibt es auch nichts dran zu deuteln, Menschen, denen im Monat weniger als 60 Dollar zur Verfügung stehen, können kein menschenwürdiges Leben führen.

## **Bedingungsloses Grundeinkommen und gesetzliche Mindestlöhne**

Deshalb muss global für

- ein bedingungsloses Grundeinkommen von x Dollar im Monat
- einen gesetzlichen Mindestlohn von x Dollar pro Stunde

gestritten werden. Wie hoch dieses „x“ jeweils sein muss, möchte und kann ich an dieser Stelle nicht festlegen. Das muss innerhalb einer wie oben beschriebenen Organisation geschehen.

Klar ist, dass diese Werte zu Beginn in den armen Ländern nicht dieselbe Höhe haben können, wie in den reichen Industriestaaten. Aber, das muss sich langfristig angleichen. Hier muss dann auch konkret gemacht werden, wie dieser Angleichungsprozess aussehen kann und wann er abgeschlossen sein soll. Abgeschlossen würde heißen: In jedem Land dieser Welt können Menschen ein gleich gutes Leben führen. Wichtig für diesen Angleichungsprozess: Auch die bedingungslosen Grundeinkommen und Mindestlöhne in den reichen Industriestaaten müssten ansteigen (um die soziale Schere hier zu verkleinern), allerdings natürlich langsamer als in den armen Staaten.

## **Weltweite Steuergerechtigkeit**

Von der Politik hört man bei vielen sozialen Forderungen immer wieder, dass man dies oder jenes nicht tun könne, weil man dann international nicht mehr konkurrenzfähig sei. Ich meine: Alleine dieses Denken ist schon falsch.

Dahinter steckt alleine die Annahme, man müsse dem internationalen Kapital nur gute Investitionsbedingungen im eigenen Land verschaffen, dann lassen sie sich dort nieder und sorgen für eine brummende Wirtschaft und weniger Arbeitslosigkeit. Und auf dieses Spiel haben sich leider die meisten reichen Industriestaaten eingelassen. Die Versteuerung von großen Einkommen und Unternehmensgewinnen, Vermögensteuern und vieles mehr wurde in einem weltweiten Wettbewerb immer weiter nach unten gefahren oder ganz abgeschafft. Das war gut für die Profite des großen Kapitals, hat aber zugleich die soziale Schere innerhalb und zwischen den Staaten immer weiter geöffnet. Eine Verbesserung der Lebensbedingungen für die gesamte Bevölkerung kam dabei aber nicht heraus. Allerdings sind viele Staaten weltweit stark verschuldet.

Eine gerechtere Welt lässt sich überhaupt nicht mit Staaten realisieren, die sich gegenseitig als Konkurrenten sehen. Internationale Zusammenarbeit und gegenseitige Unterstützung,

das muss die Devise sein. Und für gemeinsame globale Ziele braucht es Finanzmittel, die z.B. über eine weltweit harmonisierte Steuergesetzgebung beschafft werden müssen. Das heißt auch: Unternehmenssteuern für große Unternehmen, Vermögenssteuern für die Reichen und Superreichen müssen angehoben werden, Steuerparadiese wie Irland oder Luxemburg in der EU müssen abgeschafft werden, eine weltweite Transaktionssteuer für den Börsenhandel muss endlich eingeführt werden.

Man kann an dieser Stelle vielleicht noch mehr konkrete Forderungen stellen, damit eine gerechtere Welt erreicht werden kann. Diese beiden sind mir erst einmal deshalb besonders wichtig, weil sie aufzeigen: So etwas kann man nicht ganz einfach umsetzen, hierzu wird man einen gewaltfreien aber ansonsten harten und entschiedenen gegen das internationale Finanz- und Großkapital führen müssen. Einzelne Länder alleine haben hierbei überhaupt keine Chancen. Das Kapital wandert nun einmal immer dorthin, wo die Profitraten am höchsten sind. Deshalb müssen solche Ziele auch weltweit durchgesetzt werden.

Ein letzter Gedanke zur Gerechtigkeit auf der Welt. Dass manche Menschen reicher und andere ärmer sind, wird oft damit gerechtfertigt, dass die reicheren schließlich mehr leisten als die anderen. Dazu kann man viele Fragen stellen. Wenn ein Mensch mit einem großen Kapital seinen Computer voll automatisiert täglich viele Käufe und Verkäufe von Wertpapieren an der Börse durchführen lässt und damit jedes Jahr immer noch reicher und reicher wird. Was bitteschön leistet dieser Mensch, wo ist der Nutzen für die menschliche Gemeinschaft? Oder eine andere Frage: Kann ein einzelner Mensch in seinem Leben überhaupt eine so tolle und nützliche Arbeit geleistet haben, dass er damit zum Milliardär wird (also 1.000 Millionen besitzt)? Darauf fällt mir persönlich nur eine Antwort ein: Eine Welt, die es zulässt, dass es Milliardäre gibt, kann überhaupt nicht gerecht sein.

### **Fazit zu diesem Kapitel**

Die Entwicklung hin zu einer gerechteren Welt ist durchaus möglich. Allerdings wird dies nicht von alleine passieren. Notwendig ist die Entwicklung einer weltweiten Kraft oder Bewegung, die über die Medien und das Internet wirkungsvoll in die Auseinandersetzungen um die Zukunft dieser Welt eingreift. Denn über die Zukunft dieses Planeten entscheidet das Denken und Handeln aller Menschen.

Wie schon gesagt: Mit den Möglichkeiten, die es gibt, dass sich so eine weltweite Bewegung entwickelt, möchte ich mich im dritten Teil dieses Buches näher auseinandersetzen. Unabhängig von diesen Möglichkeiten ist aber eines klar: Der Anteil derjenigen, die bereit sind, sich auch tatsächlich im Rahmen ihrer Möglichkeiten für eine für alle bessere Welt einzusetzen, wird dafür in den nächsten Jahren deutlich ansteigen müssen. Unsere Zukunft wird letztlich im Kampf um die Köpfe und Herzen der Menschen auf dieser Welt entschieden.